

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 54 (1960)
Heft: 7-8

Artikel: Afrika wohin?
Autor: M.F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140476>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gegen die alte Politik, gegen alle jene Mächte von gestern, die Routiniers der Machtpolitik, die Meister der Taktik und der Propaganda, die Falschmünzer unserer Wirklichkeit. Es ist eine Solidarität, die keine Grenzen kennt, keine eisernen Vorhänge, keine Rassenunterschiede, keinen Westen und keinen Osten.»
P. F.

Afrika wohin?

«Das Jahr 1960 steht tatsächlich in einem ungewöhnlichen Ausmaß im Zeichen Afrikas.» Im laufenden Jahr erlangen 14 afrikanische Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von über 80 Millionen ihre Unabhängigkeit. Gegenüber 1950, als 27 Prozent der Afrikaner frei waren, sind es 1960 60 Prozent, die selbst über ihre Zukunft zu bestimmen suchen. Es ist darum höchste Zeit, daß wir im Westen unser Interesse den Entwicklungen auf dem schwarzen Kontinent vermehrt zuwenden.

Ein Artikel von Horst A n d e l, der in den «Blättern für deutsche und internationale Politik (Heft 6, 1960) erschien, trägt ausgezeichnet dazu bei, unsere Kenntnisse über Afrika zu vertiefen. Angesichts der Möglichkeiten einer kommunistischen Entwicklung der jungen Staaten, die Europa mit großer Angst kommen sieht, setzt sich der Verfasser sachlich mit den Gründen auseinander, die sich aus Geschichte und wirtschaftlichen Notwendigkeiten für einen wahrscheinlich vermehrten Einfluß kollektiver Gesellschafts- und Produktionsformen anführen lassen. Sie seien hier kurz zusammengefaßt.

Die neuen Staaten brauchen neue Staatsformen. Der überlieferte Typus der Stammesverbände ist . . . nicht mehr tragbar . . . Die westliche parlamentarische Demokratie wird zwar in ihren äußeren Formen vielenorts nachgeahmt . . . aber sie ist die Staatsform der Kolonialmächte, gegen die man kämpft.

Für die Entwicklungsländer, die vor ganz ähnlichen Aufgaben stehen wie die Russen von 1917 oder die Chinesen von 1950, sind die Fortschritte der Sowjetunion und Rotchinas auf allen Gebieten zu imponierend, als daß sie sie übersehen könnten . . . Hinzu kommt, daß die sozialistischen Länder . . . großzügige Finanz- und Wirtschaftshilfe — ohne Bedingungen — anbieten . . . Die Farbigen wollen keine Almosen.

Es gibt in Moskau ein Institut, das die afrikanische Geschichte und Kultur mit wissenschaftlichen Methoden erforscht. Die Ostblockdiplomaten, die den Boden Afrikas betreten, sind denkbar gründlich geschult, über die speziellen Fragen ihrer Gastländer genau unterrichtet und mit ihren wirtschaftlichen und politischen Sorgen eng vertraut. (Der neue Sowjetbotschafter in Conakry, ein Ukrainer, spricht Arabisch, Englisch und Französisch.) . . . Die neuen Staaten brauchen ein System, das es ihnen erleichtert, die fast unüberwindlich erscheinenden

Schwierigkeiten zu überwinden. Die konservativen Bankiers und Geschäftsleute der USA versuchen (laut «New Statesman» 9. Juli 1960), in den zurückgebliebenen Gebieten Miniaturkopien des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems Amerikas aufzubauen. Dadurch verhindern sie die strukturellen Anpassungen an die Verhältnisse des Landes, die allein normales Wachstum ermöglichen.

Afrika muß in dieser Stunde der Entscheidung seine geistige Richtung wählen. Und darin liegt die letzte große Chance des Kommunismus.

Auch Minister Stopper, Delegierter für Handelsverträge im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement, mußte an einer Veranstaltung des Schweizerischen Instituts für Auslandsforschung in Zürich zugeben, daß der Umstand, daß sich die Sowjetunion und China aus dem den afrikanischen Verhältnissen vergleichbaren Zustand ausgesprochener Unterentwicklung zu einer technischen Zivilisation emporgearbeitet haben oder das zu tun im Begriffe sind, dem Osten ein erhöhtes Prestige als Lehrmeister gibt. («NZZ», Nummer 2091, 18. Juni.) Minister Stopper fährt weiter: «Die damit verbundene Unfreiheit fällt nicht ins Gewicht — dies um so weniger, als für den Afrikaner der wirtschaftliche Kollektivismus in der Regel die traditionelle Lebensform darstellt.» Unsere Ideen über Unfreiheit stimmen nicht immer überein, wie wir aus den Bemerkungen eines Korrespondenten einer Schweizer Tageszeitung ersehen. Der gleiche Mann, der in Guinea die vielen Kontrollen übelnimmt, betrachtet es als nur gerecht, daß die jungen Schwarzen, die der lange Bildungsmarsch nach Ostberlin, Prag, Budapest, Moskau oder Peking geführt hat, von der Polizei überwacht werden.

Minister Stopper sieht einen weiteren Grund für den Einfluß der sozialistischen Staaten: «Der Umstand, daß es bis anhin fast ausschließlich die Kommunisten waren, welche die in Europa studierenden jungen afrikanischen Intellektuellen als gleichwertig und mit menschlicher Wärme empfangen haben... Zahlreiche Afrikaner sind zum Schluß gekommen, daß man, von Afrika aus betrachtet, den Kommunismus hätte erfinden müssen, wenn er nicht schon existiert hätte — um die Hilfsbereitschaft des Westens zu stimulieren.»

Von Hilfe an unterentwickelte Völker lesen wir jetzt viel, vom Kampf gegen den Hunger, von Stipendien an Studenten aus Afrika usw., aber wenn sie die fehlenden «Kolonialinvestitionen» ersetzen wollen, werden die Westmächte zu etwas wie dem Colombo-Plan greifen müssen, der als Versuch eines solchen Ersatzes geplant wurde. Ob der DAG (Development Aid Group), der in Paris Mitte Januar konstituiert wurde und vom 5. bis 7. Juli die zweite Tagung in Bonn abhielt, den gleichen Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. (Die Initiative dazu gab der amerikanische Unterstaatssekretär Dillon!)

Wie solche Hilfe von den neu unabhängigen Staaten angesehen wird, davon bekommen wir einen Begriff, wenn wir im «Bulletin d'in-

formation des Amis de l'Abako» von «häßlicher Heuchelei unserer Kolonialisten» lesen (22. April 1960). «Bevor sie von Hilfe sprechen, haben die Belgier die moralische Verpflichtung, Reparationen zu bezahlen, als Kompensation für die Plünderung unserer Naturschätze und die Ausbeutung der eingeborenen Arbeitskräfte während 80 Jahren.»

Auch an der Panafrikanischen Konferenz, die vom 14. bis 24 Juni im Parlamentsgebäude von Addis Abeba abgehalten und von Kaiser Haile Selassie eröffnet wurde, hörte man solche Stimmen. Man muß die Reden und Resolutionen dieser Konferenz gelesen haben. Nicht nur verlangte man die Abschaffung aller fremden Stützpunkte in Afrika und die Einstellung des Luftverkehrs mit Südafrika, sondern man beschloß auch die Äufnung eines besonderen Fonds für die Hilfe an die «Freiheitskämpfer» Afrikas. Hier in Addis Abeba wurde auch «die Zwangsarbeit, die in Angola in ihrer brutalsten Form ausgeübt wird, und die portugiesische Schreckensherrschaft mit ihren Massakern und ihrer Sklaverei» angeprangert.

Die Stimme Afrikas und Asiens wird immer lauter in internationalen Körperschaften. Nach einem Bericht der «NZZ» (Nummer 1887, 1. Juni) ist «die afrikanisch-asiatische Gruppe bereits jetzt die stärkste in den Vereinten Nationen. Sie dürfte bald, soweit nicht innere Zerrwürfnisse sie hemmen, eine dominierende Stellung einnehmen.»

Ähnliches ist im Internationalen Arbeitsamt festzustellen. Als der südafrikanische Delegierte auf die Rednertribüne stieg, verließen sämtliche Schwarzen wie auch einige andere Delegationen den Saal.

Wenn dieses Jahr ein afrikanischer Staat nach dem andern unabhängig wird und in die UNO kommt, werden wir uns an solche Stimmen gewöhnen müssen und uns ein Bild davon machen, wie die Welt von Afrika und Asien aussieht. Man stelle sich nur vor, wie E. D. Morell und viele andere, die vor 60 oder 70 Jahren für die Wahrheit über Afrika kämpften, sich über die gegenwärtige Entwicklung freuen würden, selbst über die Entwicklung im Kongo, die momentan so drohend aussieht.

Wie Bundesrat Petitpierre am 1. Juli in einer Radioansprache zum Beginn des Kreuzzuges gegen den Hunger es ausdrückte: «Solange sie (die unterentwickelten Völker) sich nicht in Freiheit ihrer Menschenwürde erfreuen können, solange ist die Freiheit der Welt überhaupt gefährdet. Indem wir ihnen behilflich sind, tragen wir auch zur *Gestaltung unserer eigenen Zukunft bei.*»

In den Schlußworten zu seinem Artikel drückte es Horst Anders aus: «Das Gebot der Stunde heißt Partnerschaft zwischen Weiß und Farbig, und es heißt für die Weißen, die Gunst des Augenblicks zu nutzen, denn er läuft unaufhaltsam ab. Jede Umdrehung des Uhrzeigers kann mit dem Paukenschlag zusammenfallen, der die furchtbare Erkenntnis bringt, daß es für eine echte Partnerschaft zu spät ist. Dann aber hieße es für die weiße Erdbevölkerung, nicht mehr nur um die Gleichberechtigung, sondern um das Überleben zu kämpfen!»

Wird für Afrika die Partnerschaft von Tanganjika maßgebend sein, wo sich alle gewählten Mitglieder der Legislative von jeder der drei Rassen als «Team» unter der Führung von Julius N y e r e r e organisiert haben? Oder soll die Partnerschaft wie bisher von den Weißen als Tarnung für die Wahrung ihrer Interessen benützt werden? 1960 ist in der Tat ein Jahr der Entscheidung. M. F.

Afrikanische Antworten

Wir verdanken der «Friedensrundschau» (Heft 7/8, 1960) folgenden Bericht, den wir gekürzt wiedergeben.

1956 und 1959 weilte T o m M b o y a , der Vorsitzende des Allafrikanischen Kongresses, ein Führer der Afrikaner in Kenya, auf einer Vortragsreise in den USA. In der «Neuyork Times» vom 28. Juli 1959 stellte er fest, daß das Wissen um Afrika in den letzten drei Jahren große Fortschritte gemacht habe. In diesem Artikel beantwortete Mboya einige der Fragen, die die amerikanische Öffentlichkeit stark beschäftigen, zum Beispiel ob die Afrikaner ein Opfer der kommunistischen Propaganda geworden seien. Afrika sei entscheidend der demokratischen Tradition verbunden, meinte Mboya, aber er zweifle daran, ob Demokratie die Haltung sei, die der Westen in Wirklichkeit in den Augen der Unentschiedenen («uncommitted world») vertritt . . . «Unser Volk fragt, warum der Westen Südafrika nicht in die gleiche Kategorie einreicht wie die Sowjetunion. Warum wird Portugals Zwangsarbeit nicht mit der in den sibirischen Lagern gleichgerechnet? Frankreich bedient sich der NATO-Waffen, die ihm von den Vereinigten Staaten geliefert werden, gegen die Algerier. Die Engländer erschossen mehr als 50 unbewaffnete Demonstranten im Njassaland, und ihre Beauftragten erschlugen 11 Menschen aus Kenya im Gefangenenlager von Hola. Die freie Welt rührt keinen Finger. Man vergleiche dieses mit der Reaktion auf Ungarn und Tibet! Die Afrikaner fragen sich, warum mit zweierlei Maß gemessen wird, wo es sich um Menschenrechte handelt, und mißtrauen natürlicherweise den Motiven einiger Nationen der freien Welt.»

Mboya wurde immer wieder über die Zukunft der weißen Siedler in Afrika gefragt. «Das Problem ist wirklich das der Einwanderer selbst», schreibt Mboya. «Sie kamen und erwarteten als ihr Recht eine privilegierte Stellung und die Oberherrschaft, deren sie sich immer erfreut haben. Wenn Europäer nach Amerika auswandern, freuen sie sich, Amerikaner genannt zu werden, gleicherweise sind sie zufrieden, Kanadier genannt zu werden, wenn sie nach Kanada gehen. Sie bestehen dort auf demokratischer Gleichheit. In Afrika schämen sie sich jedoch, Afrikaner genannt zu werden. Wie können *wir* denn dieses Problem für sie lösen wollen?»